DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

CHRISTOPH SCHMIDT/DPA-BILDFUNK

An und für sich

Widerspruchserfahrungen und Gesellschaftsbilder im Kapitalismus. Wie ist es um das Klassenbewusstsein der Lohnabhängigen bestellt? Ein sozialwissenschaftlicher Blick auf Massenkämpfe.
Von Werner Seppmann

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **DONNERSTAG, 12. OKTOBER 2017** · NR. 237 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT **WWW.JUNGEWELT.DE**

Abwehrkampf
Gewerkschaftstag der IG BAU: Klares Plädoyer für den Sozialstaat. Vorsitzender wiedergewählt **3**

Rabattschlacht
Kaufhof greift Tarifbindung an: Lohnkürzung und verlängerte Arbeitszeit vorgesehen **5**

Höllenritt
Nach 209 Tagen steht in den Niederlanden eine Regierung. Koalition mit nur einer Stimme Mehrheit **9**

Infokrieg
Westliche Organisationen basteln an einer journalistischen Opposition in Kuba. Die *Taz* hilft dabei **15**

Geburtstermin verschoben

Kataloniens Ministerpräsident verkündet Mandat für Unabhängigkeit, verzichtet aber auf Umsetzung. Madrid verweigert Dialog.

Von André Scheer

AP PHOTO/FRANCISCO SECO

Zehntausende Menschen wollten in Barcelona die Unabhängigkeit feiern. Sie gingen enttäuscht nach Hause

Hat der katalanische Ministerpräsident Carles Puigdemont mit seiner Rede am Dienstag abend vor dem Regionalparlament in Barcelona die Unabhängigkeit seines Landes von Spanien proklamiert – oder hat er es nicht? Die Unsicherheit über die Bedeutung der mit Spannung erwarteten Ansprache des liberalen Politikers hielt auch am Mittwoch an.

Puigdemont hatte vor den Abgeordneten zunächst die Resultate des Referendums vom 1. Oktober vorgestellt. Bei einer Wahlbeteiligung von 43 Prozent hatten dabei mehr als 90 Prozent für die Eigenständigkeit votiert. Das sei »das Mandat, dass Katalonien ein unabhängiger Staat in Form einer Republik wird«, erklärte Puigdemont. Unter den rund 30.000 Menschen, die sich in der Nähe des Parlaments versammelt hatten, brach Jubel aus. Dieser wich jedoch unmittelbar der Enttäuschung, denn Puigdemont sagte weiter: »Aus Verantwortung und Respekt bitte ich das Parlament um die Aussetzung der Unabhängigkeitserklärung.« Für »einige Wochen« solle so Raum für Gespräche geschaffen werden. Unmittelbar nach Ende der Parlamentssitzung unterzeichneten die Abgeordneten der liberal-sozialdemokratischen »Junts pel Sí« und der antikapitalistischen CUP allerdings eine vierseitige Erklärung, in der die Unabhängigkeit verkündet wird: »Katalonien stellt heute seine verlorene und lange vermisste volle Souveränität wieder her.« Praktische Bedeutung hat das Papier zunächst jedoch nicht, es soll nicht einmal im amtlichen Anzeiger veröffentlicht werden.

Der linke Flügel der Unabhängigkeitsbewegung reagierte enttäuscht auf die Rede Puigdemonts. Die CUP warf ihm Wortbruch vor, denn bis eine Stunde vor Sitzungsbeginn habe man geplant, im Plenum die Republik auszurufen und die später unterzeichnete Unabhängigkeitserklärung zu verlesen. Die Abgeordnete Eulàlia Reguant forderte am Mittwoch in *Catalunya Ràdio* die sofortige Ausrufung der Republik, wenn Madrid den Artikel 155 in Kraft setze. Dieser Passus der Verfassung sieht vor, die Autonomie einer Region einzuschränken, wenn diese sich gesetzlichen Vorschriften oder dem »Gemeinwohl« verweigert.

Am Mittwoch teilte Spaniens Regierungschef Mariano Rajoy mit, sein Kabinett habe die katalanische Regierung formell zur Bestätigung aufgefordert, »ob sie die Unabhängigkeit Kataloniens erklärt hat«. Man wolle diese Klarstellung haben, bevor man Maßnahmen nach Artikel 155 ergreife, sagte Rajoy vor Medienvertretern in Madrid. Da die PP im Senat über die absolute Mehrheit der Sitze verfügt, könnte Rajoy diese im Alleingang durchsetzen. Er bemüht sich allerdings um die Unterstützung der rechtsliberalen »Ciudadanos« (Bürger) und der Sozialdemokraten. Deren Chef Pedro Sánchez erklärte am Mittwoch in Madrid, seine Partei unterstütze den Kurs der Zentralregierung. Zugleich habe man vereinbart, dass eine Parlamentskommission in den kommenden sechs Monaten über die Lage der autonomen Regionen in Spanien beraten solle, um anschließend »die Diskussion um eine Verfassungsreform« zu eröffnen. Die PP lehnt bislang allerdings jede Umformulierung des Grundgesetzes ab, die den Regionen mehr Eigenständigkeit zugestehen würde. Der Verdacht liegt also nahe, dass Madrid vor allem Zeit gewinnen will, um den »Independentistes« den Wind aus den Segeln zu nehmen. Irene Montero von der Linkspartei »Podemos« kritisierte deshalb, dass die drei Parteien den Konflikt eskalieren lassen würden, ohne eine Lösung anzubieten.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Das Kreuz mit der Demokratie

Im Saarland streikten erstmals Beschäftigte einer katholischen Klinik

Erstmals seit Bestehen der BRD legten gestern Pflegekräfte eines katholischen Krankenhauses die Arbeit nieder. Wie die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) mitteilte, traten Beschäftigte der Marienhausklinik im saarländischen Ottweiler in den Warnstreik.

Die Pflegekräfte der Marienhausklinik schlossen sich damit dem bundesweiten Kampf für mehr Personal in den Krankenhäusern an. Bereits am Dienstag waren Klinikmitarbeiter in vier Bundesländern dem Aufruf von Verdi gefolgt und für einen »Tarifvertrag Entlastung« in den Ausstand getreten (*jW* berichtete). In Ottweiler beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben am Mittwoch rund 50 Beschäftigte. Die Arbeitsniederlegung solle 24 Stunden andauern, sagte der zuständige Verdi-Gewerkschaftssekretär Michael Quetting der *Deutschen Presse-Agentur (dpa)*.

Es ist alles andere als selbstverständlich, dass Pflegekräfte eines christlichen Krankenhauses ihr demokratisches Grundrecht zu streiken wahrnehmen. Schließlich sind die Einrichtungen der beiden großen Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie weitestgehend demokratie- und mitbestimmungsfreie Zonen. Nach Rechtsauffassung der Kirchen gelten dort weder das Betriebsverfassungs- noch das Tarifvertragsgesetz, und auch das Streikrecht wird den mehr als eine Million abhängig Beschäftigten von ihren »Dienstgebern« abgesprochen. Auf dem sogenannten dritten Weg regeln diese Löhne und Arbeitsbedingungen in »Arbeitsrechtlichen Kommissionen« (AK) – ohne Beteiligung der Gewerkschaften. Auch Betriebsräte existieren in den christlichen Häusern nicht.

Entsprechend fielen die Reaktionen auf den Streik aus: Kirchliche Einrichtungen schlössen generell keine Tarifverträge mit Gewerkschaften, hatte die Leitung der Marienhausklinik bereits im Vorfeld erklärt. Kritik übte auch die »Dienstgeberseite« der AK des Caritasverbandes. Der dritte Weg lasse keinen Streik zu, sagte ihr Sprecher Norbert Altmann laut *dpa*. Es sei verantwortungslos, die Beschäftigten durch einen Ausstand arbeitsrechtlichen Risiken auszusetzen. **Stefan Thiel**

■ Siehe Seite 8

11.–15. Oktober 2017
FRANKFURTER BUCHMESSE
Besuchen Sie die *junge Welt*:
Halle 4.1, Stand D 97
■ Siehe Programm auf den Seiten 9 und 11

China: Protest gegen US-Manöver

Beijing. China hat gegen das Manöver eines US-Kriegsschiffes in den territorial umstrittenen Gewässern des Südchinesischen Meeres protestiert. Der Zerstörer »USS Chafee« sei ohne Genehmigung am Dienstag in chinesische Gewässer eingedrungen, kritisierte die Sprecherin des Außenministeriums am Mittwoch in Beijing und habe »die Souveränität und Sicherheit Chinas untergraben«. Die USA würden aufgefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um den Fehler zu korrigieren. Der US-Sender *CNN* zitiert nicht namentlich genannte Offizielle des Pentagons, denen zufolge die USA mit dem Manöver für die »Freiheit der Schifffahrt« und gegen Chinas »exzessive Ansprüche« in der Region eintreten wollen. Es war die vierte bekanntgewordene Operation dieser Art seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump. (dpa/Reuters/jW)

Mesale Tolu verteidigt sich vor Gericht

Silivri. Die in der Türkei inhaftierte deutsche Journalistin Mesale Tolu hat vor Gericht die gegen sie erhobenen Terrorvorwürfe zurückgewiesen. »Ich fordere meine Freilassung und meinen Freispruch«, sagte Tolu am Mittwoch beim Prozessauftakt in Silivri bei Istanbul. »Ich habe keine der genannten Straftaten begangen und habe keine Verbindung zu illegalen Organisationen.« Tolu gehört zu 18 Angeklagten, denen unter anderem Mitgliedschaft in der Marxistisch-Leninistisch-Kommunistischen Partei (MLKP) vorgeworfen wird. Nach Angaben ihrer Anwältin Kader Tonc drohen ihr bis zu 20 Jahre Haft. Der zweijährige Sohn Tolus ist mit seiner Mutter im Frauengefängnis Istanbul-Bakirköy untergebracht. Die Anklage sei »von vorne bis hinten konstruiert«, sagte die deutsche Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel (Die Linke), die den Prozess beobachtet, am Mittwoch gegenüber *junge Welt*. (dpa/jW)

■ Siehe Seite 15

jW **wird herausgegeben von 2.075 Genossinnen und Genossen** (Stand 1.10.2017)
■ **www.jungewelt.de/lpg**

4 1 9 8 6 2 5 9 0 1 6 0 7
4 0 0 4 1